



Sebastian Björn Buchmaier

Bundesstaatliche, verfassungs-
und europarechtliche Aspekte
der Zweitwohnungsteuer

Unter besonderer Berücksichtigung
des Steuertatbestandes



Inhaltsverzeichnis

TEIL 1: EINFÜHRUNG.....	1
A. Praktische Relevanz der Zweitwohnungsteuer für Kommunen, Bürger, Gerichte und die Rechtswissenschaft.....	1
B. Gang der Untersuchung.....	5
TEIL 2: DIE ENTWICKLUNGSGESCHICHTE DER ZWEITWOHNUNGSTEUER SOWIE IHRE DEMOGRAFISCHE UND FINANZWISSENSCHAFTLICHE BEDEUTUNG.....	7
A. Von den Anfängen der Zweitwohnungsteuer sowie ihre bundes- und europaweite Rezeption	7
B. Finanzwissenschaftliche Aspekte der Zweitwohnungsteuer.....	9
I. Finanznot, Kommunalhaushalt und globale Finanzmarktkrise	9
II. Motivation der Kommunen zur Erhebung einer Zweitwohnung- steuer	10
1. Steuereinnahmen	10
2. Schlüsselzuweisungen durch den kommunalen Finanzausgleich und Beteiligung an der Einkommensteuer gemäß Art. 106 Abs. 5 GG nur bei Meldung der Hauptwohnung.....	11
3. Städtebauliche Aspekte und Mietwohnungsmarkt.....	13
4. Melderegisterbereinigung.....	14
III. Einnahmen durch die Zweitwohnungsteuer.....	14
1. Steueraufkommen und Entwicklung der letzten Jahre.....	15
2. Anteil der Zweitwohnungsteuer an den kommunalen Steuereinnahmen	17
IV. Lokale und nationale Wirkung im bundesstaatlichen Finanz- gefüge.....	20

- C. Demografische Aspekte der Zweitwohnungsteuer: Auswirkungen auf die Einwohnerentwicklung in Großstädten und im ländlichen Raum 21

TEIL 3: STEUERFINDUNGSRECHT UND SYSTEMATIK DER ZWEITWOHNUNGSTEUERSATZUNGEN..... 23

- A. Das Recht der kommunalen Selbstverwaltung nach Art. 28 Abs. 2 S. 1 GG und das Steuerfindungsrecht gemäß Art. 105 Abs. 2a S. 1 GG 23
- I. Die Struktur der Finanzverfassung des Grundgesetzes und die Stellung der Kommunen 23
- II. Die kommunale Finanz-, Steuer- und Satzungshoheit als Teil der kommunalen Selbstverwaltung 24
- III. Kommunalaufsichtsbehörden und satzungsrechtliches Genehmigungserfordernis 26
- IV. Landesgesetzliche Ermächtigungsgrundlagen zur Besteuerungsbefugnis und Geltung des Vorrangs sowie Vorbehalts des Gesetzes 29
- B. Satzungstypen und Satzungsinhalt 33
- I. Inhaltlich homogene Satzungsvielfalt in den Bundesländern und die Rolle der kommunalen Spitzenverbände 33
- II. Klassifizierung der Satzungstypen nach Bayer 34
1. Das „Überlinger Modell“ 34
2. Das „Göttinger Modell“ 35
3. Das „Hamburger Modell“ 35
4. Relevanz 36
- III. Der Tatbestand der Zweitwohnungsteuer und inhaltliche Anforderungen an die Satzungen 36
- IV. Erläuterung des Tatbestandes anhand einer Mustersatzung 37
1. Satzungsbeschluss, Rechtsgrundlage und Allgemeines 38
2. Grundmodelle und Steuergegenstand der Zweitwohnungsteuer 39
- a. Grundmodelle für die Konzeption des Steuergegenstandes 39
- aa. Modell I: Anknüpfung an das Melderecht 40

(1) Modell I, Variante 1: Ohne eigene Wohnungsdefinition	41
(2) Modell I, Variante 2: Mit eigener Wohnungsdefinition.....	41
bb. Modell II: Keine Anknüpfung an das Melderecht.....	42
(1) Modell II, Variante 1: Ohne eigene Wohnungsdefinition...	42
(2) Modell II, Variante 2: Mit eigener Wohnungsdefinition	42
b. Vorzüge und Nachteile der Modelle	43
c. Der Steuergegenstand im Lichte der Modelle	44
aa. Objektive Komponente: die Wohnung.....	44
(1) Modell I mit Anknüpfung an das Melderecht.....	45
(i) Modell I, Variante 1	45
(ii) Modell I, Variante 2	45
(2) Modell II ohne Anknüpfung an das Melderecht.....	46
(i) Modell II, Variante 1	46
(ii) Modell II, Variante 2.....	47
(3) Gleiche Anforderungen an die Erstwohnung?.....	47
bb. Objektive Komponente: Innehaben einer „Zweitwoh- nung“ – zur Begrifflichkeit von Erst- bzw. Haupt- wohnung und Zweit- bzw. Nebenwohnung.....	48
(1) Abgrenzung von Erst- bzw. Hauptwohnung und Zweit- bzw. Nebenwohnung	49
(i) Modell I mit Anknüpfung an das Melderecht.....	50
(ii) Modell II ohne Anknüpfung an das Melderecht.....	51
(2) Innehaben der „Zweitwohnung“.....	52
(i) Kriterium des Dauernutzungsrechtes.....	52
(ii) Kriterium der tatsächlichen Verfügungsmacht und/oder rechtlichen Verfügungsbefugnis	53
(iii) Ansichten der Rechtsprechung	53
(iv) Stellungnahme und Ergebnis	54
(v) Kumulatives Innehaben der Erstwohnung?.....	55

(vi) Faktor der Nutzungsmöglichkeit und der tatsächlichen Nutzung.....	56
cc. Subjektive Komponente: „für den persönlichen Lebensbedarf“.....	57
(1) Definition.....	57
(2) Teilweise Widerlegung der Vermutung: Zweitwohnungsteuer als Kapitalanlage, „Erwerbszweitwohnungen“, Mischnutzungen und Urlaubsgäste	58
d. Schematische Übersicht zur Prüfung des Steuerobjekts.....	62
e. Relevanz und Einzelproblematiken	64
aa. Problematik der Studenten und Auszubildenden	64
bb. Erwerbszweitwohnungen von Verheirateten.....	67
cc. Besteuerung Ortsansässiger und von Einliegerwohnungen	68
dd. Kasernen für Soldaten, Wohnungen in Heimen, Justizvollzugsanstalten für Gefangene.....	70
ee. Gartenlauben nach dem BKleingG	72
ff. Dauerhaftes Campen, Wohnmobile und Hausboote	73
gg. Personen mit Hauptwohnsitz im Ausland	75
3. Steuersubjekt und Zweitwohnungsteuerpflichtige.....	78
a. Natürliche Personen und Personenmehrheiten	79
b. Juristische Personen und handelsrechtliche Personengesellschaften	79
4. Bemessungsgrundlage	81
a. Nettokaltmiete als Bemessungsgrundlage	82
b. Jahresrohrente als Bemessungsgrundlage.....	82
c. Tatsächliche Flächengröße.....	83
d. Sonderproblem: Bemessungsgrundlage für Campingwagen und Wohnboote	84
5. Steuersätze	85
6. Entstehung und Fälligkeit der Steuer	86
7. Mitteilungspflichten, Datenschutzrecht und Erhebungsdefizite	88

a.	Mitwirkungspflichten.....	88
b.	Datenschutzrecht und Steuergeheimnis	89
c.	Kein strukturelles Erhebungsdefizit.....	90
8.	Billigkeitsmaßnahmen	92
9.	Ordnungswidrigkeiten und Straftatbestände	93
10.	In-Kraft-Treten.....	94
V.	Die Ausnahmeregelungsproblematik und der Sonderweg Bayerns in Fragen der Zweitwohnungsteuer seit dem 01.01.2009	96
1.	Ausnahmeregelungen von der Zweitwohnungsteuerpflicht im Spannungsfeld zum Beschluss des BVerfG aus dem Jahr 1983	97
a.	Regelungsmöglichkeiten der Kommunen.....	98
b.	Regelungsmöglichkeiten des Landesgesetzgebers	98
2.	Ergänzung des Bayerischen Kommunalabgabengesetzes, Entscheidung für das Einkommensmodell und kritische Würdigung... ..	99
3.	Alternativmodelle und ihre Würdigung.....	104
a.	Kindergeldmodell.....	104
b.	Altersgrenzenmodell	105
c.	Ferienzweitwohnungsmodell	105
d.	Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)-Modell	106
e.	Melderecht-Modell	107
f.	Mindestanforderungsmodell	107
VI.	Exkurs: Steuerrechtliche Behandlung von Zweitwohnungen in anderen Steuerarten sowie zur Frage einer möglichen Absetzbarkeit der Zweitwohnungsteuer	108
1.	Zweitwohnungen im Einkommensteuerrecht und mögliche Absetzbarkeit der Zweitwohnungsteuer	109
a.	Einkommensteuerrechtliche Behandlung der Zweit- wohnung.....	109
aa.	Einkommensteuerrechtliche Behandlung bei privater Eigennutzung	109
bb.	Einkommensteuerrechtliche Behandlung bei gemischter Nutzung	109

cc. Einkommensteuerrechtliche Behandlung bei ganzjähriger Vermietung	110
b. Einkommensteuerrechtliche Berücksichtigung der Zweitwohnungsteuer.....	110
aa. Zweitwohnung als Kapitalanlage bzw. bei ganzjähriger Vermietung	110
bb. Zweitwohnung bei gemischter Nutzung	111
cc. Zweitwohnung bei Eigennutzung und aus beruflich gehaltenen Gründen.....	111
dd. Kohärenz oder Wertungswiderspruch angesichts der einkommensteuerrechtlichen Absetzbarkeit der Zweitwohnungsteuer?.....	112
2. Zweitwohnungen im Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuerrecht	113
a. Zuwendung der Zweitwohnung unter Lebenden	114
b. Erwerb der Zweitwohnung von Todes wegen	115
TEIL 4: DIE ZWEITWOHNUNGSTEUER AUS FINANZVERFASSUNGSRECHTLICHER PERSPEKTIVE.....	117
A. Steuereigenschaft und verfassungsrechtliche Rechtfertigung der Zweitwohnungsteuer	117
I. Die Zweitwohnungsteuer als Fiskalzwecknorm und/oder Lenkungsnorm?.....	117
II. Kompetenzüberschreitender und illegitimer Lenkungsnebenzweck? - Das Gebot der widerspruchsfreien Normgebung und das Prinzip der Einheit der Rechtsordnung im Spannungsfeld zur Zweitwohnungsteuer.....	119
III. Steuergerechtigkeit und die Rechtfertigung der Zweitwohnungsteuer aus dem Leistungsfähigkeitsprinzip und/oder dem Äquivalenzprinzip	122
1. Art. 3 Abs. 1 GG als Maßstab für die belastungspolitische Grundentscheidung im Rahmen der Steuergerechtigkeit.....	122
2. Die Ungeeignetheit des Äquivalenzprinzips als „tertium comparationis“ für die Zweitwohnungsteuer.....	123

a.	Argumentation der Kommunen für das Äquivalenzprinzip	124
b.	Argumentation von H.-W. Bayer	124
c.	Ansicht von U. Koops.....	125
d.	Ansicht von K. Tipke	126
e.	Ansicht der Rechtsprechung	127
f.	Stellungnahme und Ergebnis	127
3.	Das Prinzip der Leistungsfähigkeit als „tertium comparationis“ und seine freiheitsrechtliche und gleichheitsrechtliche Dimension	128
4.	Die Konkretisierungsbedürftigkeit des Leistungsfähigkeitsprinzips durch andere verfassungsrechtliche Wertentscheidungen.....	129
5.	Indikatoren für die Leistungsfähigkeit, im Besonderen für die Zweitwohnungsteuer	130
a.	Einkommen als Indikator.....	130
b.	Das Vermögen als Indikator.....	131
c.	Konsum als Indikator.....	131
d.	Ansicht der Rechtsprechung	132
e.	Stellungnahme und Ergebnis	132
B.	Verortung der Zweitwohnungsteuer im Steuersystem: Anforderungen an eine Aufwandsteuer nach Art. 105 Abs. 2a S. 1 GG und Implemen- tierung durch die Zweitwohnungsteuer.....	133
I.	Zweitwohnungsteuer als direkte Aufwandsteuer	133
II.	Das Kriterium der „Örtlichkeit“ und die Zweitwohnungsteuer.....	134
1.	Auslegung des Begriffes der „Örtlichkeit“.....	135
2.	Problematik der überörtlichen Belastungs- und Gestaltungs- wirkung.....	136
3.	Flächendeckende Satzungen und die „Örtlichkeit“	136
4.	Stellungnahme und Ergebnis	137
III.	Keine Gleichartigkeit mit bundesgesetzlich geregelten Steuern	138
1.	Begriffsbestimmung	138
2.	Keine Gleichartigkeit mit Einkommensteuer.....	139
3.	Keine Gleichartigkeit mit Grundsteuer	139

4. Keine Gleichartigkeit mit Gewerbesteuer	140
5. Keine Gleichartigkeit mit Vermögensteuer	140
6. Keine Gleichartigkeit mit Umsatzsteuer	141
7. Keine Gleichartigkeit mit Kraftfahrzeugsteuer	142
8. Verhältnis zum Kurbeitrag.....	142
9. Stellungnahme und Ergebnis	144
C. Zur Judikatur des Aufwandsteuerbegriffes aus der Sicht des BVerfG in seinem Beschluss vom 06.12.1983, seinem Urteil vom 11.10.2005 und seinen Beschlüssen vom 17.02.2010 in Bezug auf die Zweitwohnung- steuer – Kontinuität oder Wertungswiderspruch?	144
I. Aufwandsteuerbegriff gemäß dem Beschluss des BVerfG vom 06.12.1983.....	145
II. Aufwandsteuerbegriff gemäß Urteil des BVerfG vom 11.10.2005.....	146
III. Aufwandsteuerbegriff gemäß Beschlüssen des BVerfG vom 17.09.2008.....	148
IV. Aufwandsteuerbegriff gemäß den Beschlüssen des BVerfG vom 17.02.2010.....	149
 TEIL 5: VEREINBARKEIT DER ZWEITWOHNUNGSTEUER MIT DEN GRUNDRECHTEN DES GRUNDGESETZES	151
A. Zweitwohnungsteuer und Grundrechte	151
B. Die Eigentumsgarantie des Art. 14 Abs. 1 GG.....	152
I. Eröffnung des Schutzbereiches von Art. 14 Abs. 1 GG.....	152
1. Restriktive Auslegung des Schutzbereiches	152
2. Der erweiterte Eigentumsbegriff	153
3. Aktuelle Entwicklung in der Rechtsprechung.....	155
a. Der Einheitswertbeschluss des Zweiten Senats und die Entwicklung des Halbteilungsgrundsatzes	155

b.	Der „Bestand des Hinzuerworbenen“ und die Einschränkung des Halbteilungsgrundsatzes	156
c.	Rechtsprechung zur Zweitwohnungsteuer.....	157
4.	Stellungnahme und Ergebnis	157
II.	Eingriff und Rechtfertigung mit Alternativauffassung	158
C.	Die freie Berufsausübung und Wahl der Ausbildungsstätte gemäß Art. 12 Abs. 1 GG.....	159
I.	Eröffnung des Schutzbereiches von Art. 12 Abs. 1 GG.....	159
II.	Eingriff in den Schutzbereich durch die Zweitwohnungsteuer?.....	160
1.	Kriterium der Erheblichkeitsschwelle des BVerfG	160
2.	Strömungen in der Literatur für einen erweiterten Eingriffsbegriff im Rahmen des Art. 12 Abs. 1 GG	161
3.	Rechtsprechung zur Zweitwohnungsteuer	162
4.	Stellungnahme und Ergebnis	162
D.	Die Freizügigkeitsgarantie des Art. 11 Abs. 1 GG.....	163
I.	Eröffnung des Schutzbereiches von Art. 11 Abs. 1 GG.....	163
II.	Eingriff in den Schutzbereich durch die Zweitwohnungsteuer?.....	164
1.	Restriktive Auslegung durch das BVerfG und das Zweigstellensteuerurteil aus dem Jahr 1965	165
2.	Weite Auslegung des Art. 11 Abs. 1 GG, insb. Ansicht von I. Pernice.....	166
3.	Rechtsprechung zur Zweitwohnungsteuer	167
4.	Stellungnahme und Ergebnis	168
E.	Schutz der Ehe und Familie gemäß Art. 6 Abs. 1 GG (i. V. m. Art. 3 Abs. 1 GG).....	168
I.	Eröffnung des Schutzbereiches von Art. 6 Abs. 1 GG.....	169
1.	Ehe und Familie.....	169
a.	Institutsgarantie und Freiheitsrecht.....	170
b.	Wertentscheidende Grundsatznorm: Förderungsgebot und Benachteiligungsverbot für Ehe und Familie als besondere Ausprägung des Allgemeinen Gleichheitssatzes	170

2. Andere Formen des Zusammenlebens	171
II. Ungleichbehandlung durch die Zweitwohnungsteuer?.....	172
1. Unterscheidungserheblichkeit im Hinblick auf die Modelle der Zweitwohnungsteuer	172
2. Der Beschluss des BVerfG aus dem Jahr 2005	172
III. Rechtfertigung.....	173
IV. Ergebnis und Konsequenzen für die Praxis sowie das Merkmal der „überwiegenden beruflichen Nutzung“ der Zweitwohnung.....	175
F. Die Allgemeine Handlungsfreiheit des Art. 2 Abs. 1 GG	176
G. Der Allgemeine Gleichheitssatz des Art. 3 Abs. 1 GG	178
I. Im Speziellen für Studenten und Auszubildende sowie die Grenzen benachteiligender Typisierung – „Kinderzimmerfälle“	179
1. Keine leistungsfähigkeitsadäquate Besteuerung trotz „Zweckblindheit“ des Aufwandsteuerbegriffes.....	180
2. Rechtfertigung der Abweichung vom Leistungsfähigkeitsprinzip.....	180
a. Lenkung, Umwelt- und Ressourcenschonung sowie Kostendeckung.....	180
b. Typisierung als Rechtfertigungsgrund.....	181
aa. Grenzen und Kriterien einer zulässigen Typisierung	182
bb. Studenten und Auszubildende als „atypischer Regelfall“	182
3. Verstoß gegen das Prinzip der Folgerichtigkeit.....	184
4. Beschluss des BVerfG aus dem Jahr 2010	185
5. Ergebnis und Konsequenzen: Handlungserfordernis des Norm- gebers im Spannungsfeld zu den Entscheidungen des BVerfG aus den Jahren 1983, 2005 und 2010 sowie hinsichtlich des Urteils des BVerwG aus dem Jahr 2008.....	187
II. Eingetragene Lebenspartnerschaft und Gleichstellung zur Ehe durch „Gleichstellungsklausel“ des MRRG?.....	188
1. Steuerliche Ungleichbehandlung von Ehe und eingetragener Lebenspartnerschaft.....	189
2. Rechtfertigung der Ungleichbehandlung.....	190

3. Ergebnis	191
H. Art. 20 Abs. 3 GG als Ausdruck des rechtsstaatlichen Bestimmtheitsgebots	192
I. Ergebnis der grundrechtlichen Untersuchung	195
TEIL 6: VEREINBARKEIT DER ZWEITWOHNUNGSTEUER MIT DEN GRUNDRECHTEN DER LANDESVERFASSUNGEN DER DEUTSCHEN BUNDESLÄNDER.....	197
A. Verhältnis von Landesgrundrechten zu den Grundrechten des GG	197
I. Bindungswirkung und Rügefähigkeit	197
II. Feststellung und Auflösung von Kollisionslagen im Spannungsverhältnis von Art. 31 und Art. 142 GG	199
1. Mehrgewährleistung, Aliud-Gewährleistung und identische Gewährleistung durch Landesgrundrechte	200
2. Wenigergewährleistung durch Landesgrundrechte	201
3. Modifizierung der Einschränkung von Grundrechten.....	201
B. Grundrechtliche Gewährleistung am Beispiel der Verfassung von Berlin - weitergehender Gewährleistungsinhalt?	202
I. Art. 10 Abs. 1 und 2 VvB.....	202
II. Art. 12 Abs. 1 und 2 VvB.....	203
III. Art. 17 VvB.....	204
IV. Art. 23 Abs. 1 VvB.....	205
V. Art. 28 Abs. 1 VvB.....	206
C. Ergebnis der landesgrundrechtlichen Untersuchung.....	207

TEIL 7: EUROPARECHTLICHE ASPEKTE DER ZWEIT- WOHNUNGSTEUER.....	209
A. Problemstellung.....	210
I. Modellspezifische Konstellationen der Zweitwohnungsteuer und ihre Relevanz mit Blick auf das Europarecht	211
1. Modell ohne Anknüpfung an das Melderecht	211
2. Modell mit Anknüpfung an das Melderecht.....	212
II. Die Beschlüsse des BVerwG vom 05.03.1996	212
B. Das Verhältnis von Europarecht und nationalem Steuerrecht.....	213
I. Kommunalabgabenrecht und Europarecht.....	213
II. Der Anwendungsvorrang des Unionsrechts in seiner Bedeutung für die Verwaltung.....	214
III. Das Verhältnis der Zweitwohnungsteuer zum Unionsrecht.....	215
1. Indirekte und direkte Steuern im europäischen Harmonisierungs- prozess	215
2. Die Grundfreiheiten als Prüfungsmaßstab	217
a. Normierung der Grundfreiheiten im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union.....	217
b. Räumlicher und persönlicher Anwendungsbereich	218
c. Diskriminierungs- und Beschränkungsverbote.....	218
aa. Direkte und verdeckte Diskriminierungen	218
bb. Gültigkeit des Beschränkungsverbots auch im Steuer- recht?	219
d. Rechtfertigungsmöglichkeiten.....	220
aa. Geschriebene Rechtfertigungsgründe	220
bb. Ungeschriebene Rechtfertigungsgründe	220
C. Konformität mit der Arbeitnehmerfreizügigkeit des Art. 45 AEUV und der Niederlassungsfreiheit des Art. 49 AEUV	221
I. Schutzbereich und Tangierung durch Zweitwohnungsteuer.....	221
II. Beeinträchtigung	222

1. Diskriminierung durch die Zweitwohnungsteuer?	223
a. Direkte Diskriminierung	223
b. Verdeckte Diskriminierung und die Entscheidung „Europäische Kommission ./ Italien“	223
2. Beschränkung durch die Zweitwohnungsteuer?	225
III. Ergebnis.....	226
D. Konformität mit der aktiven und passiven Dienstleistungsfreiheit des Art. 56 AEUV	226
I. Schutzbereich und Tangierung durch Zweitwohnungsteuer.....	227
II. Beeinträchtigung	227
1. Diskriminierung durch die Zweitwohnungsteuer?	227
a. Direkte Diskriminierung	227
b. Verdeckte Diskriminierung	228
2. Beschränkung durch die Zweitwohnungsteuer und die Entscheidungen „De Coster“ sowie „Viacom Outdoor Srl“	228
III. Ergebnis.....	229
E. Konformität mit der Kapital- und Zahlungsverkehrsfreiheit des Art. 63 AEUV	230
I. Schutzbereich und Anwendbarkeit	230
1. Verhältnis der Kapital- und Zahlungsverkehrsfreiheit zu anderen Grundfreiheiten.....	231
2. Die Entscheidung „Reisch u. a. ./ Salzburg“	232
II. Ergebnis.....	233
F. Konformität mit dem allgemeinen Freizügigkeitsrecht aus Art. 21 AEUV	233
I. Zur Anwendbarkeit des allgemeinen Freizügigkeitsrechts.....	234
II. Schutzbereich und Tangierung durch die Zweitwohnungsteuer.....	234
III. Diskriminierung oder Beschränkung durch die Zweit- wohnungsteuer?.....	235
IV. Ergebnis.....	236

G. Die Unionsgrundrechte.....	237
I. Rechtsquellen und Geltungsgrund der Unionsgrundrechte	237
II. Anwendbarkeit auf die Zweitwohnungsteuer	238
III. Relevanz.....	238
IV. Ergebnis.....	239
H. Ergebnis der europarechtlichen Untersuchung	239
TEIL 8: SCHLUSSBETRACHTUNG	241
A. Steuerökonomische Effizienz sowie das Gebot zur Wirtschaftlichkeit als „mahnende“ Prinzipien für die Zweitwohnungsteuer.....	242
I. Effizienz und Wirtschaftlichkeit als Begrifflichkeit	242
II. Effizienz und Wirtschaftlichkeit als justiziable verfassungs- rechtliche Prinzipien mit Bindungswirkung für den (kommunalen) Normgeber?	243
III. Bedeutung für die Erhebung der Zweitwohnungsteuer	245
B. Befund und Ergebnisse der Untersuchung	245